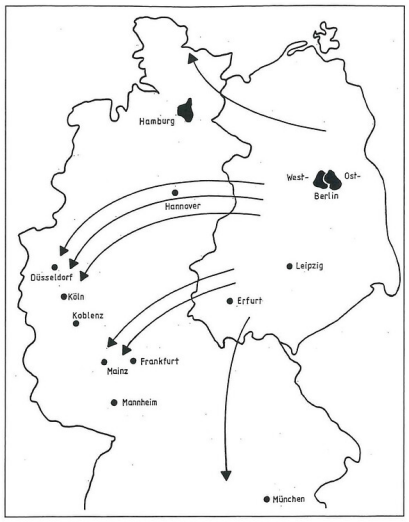
Spuren aus der Zeit des Kalten Krieges in Rheinland-Pfalz (1945 bis um 1989/90)

Schlagwörter: Krieg, Militärische Anlage, Militärgebäude, Bunker (Bauwerk), Militärdepot
Fachsicht(en): Landeskunde



Der Kalte Krieg in Rheinland-Pfalz
Fotograf/Urheber: Karl-Heinz Rothenberger



Diese Objektgruppe zeigt Relikte des Kalten Krieges in Rheinland-Pfalz. Eine eigene Zusammenstellung versammelt entsprechende Spuren in Nordrhein-Westfalen sowie ein Objekt in Hessen.

Der Kalte Krieg in Rheinland-Pfalz
Besatzungszeit
Der Ausbruch des Kalten Krieges
Der Aufbau der NATO-Verteidigung im rheinland-pfälzischen Raum
Militär in Rheinland-Pfalz um 1960 (Kampfverbände)
Die 1960er Jahre
Die 1970er Jahre
Die 1980er Jahre
Militär in Rheinland-Pfalz am Ende der 1980er Jahre (Kampfverbände)
Anmerkungen des Autors / Literatur

Der amerikanische Historiker Daniel J. Nelson stellte 1987 fest, es gebe außerhalb des Ostblocks kein anderes Land, das über einen so langen Zeitraum eine so große fremde Militärmacht als Gast bei sich aufgenommen habe wie die Bundesrepublik Deutschland (Nelson 1987, Defenders, S. 7). Mag er dabei zunächst an seine eigenen Landsleute gedacht haben, die in der Tat die stärkste ausländische Militärkraft bildeten, so sollen die englischen, französischen und kanadischen Truppenverbände nicht vergessen werden. Sie alle waren im Rahmen der NATO über fast vier Jahrzehnte in der Bundesrepublik stationiert.
Was für die Bundesrepublik galt, gilt auch für Rheinland-Pfalz. Auf die Größe der Fläche bezogen, beherbergte unter allen Bundesländern keines eine größere fremde Truppenmacht als Rheinland-Pfalz. Dabei stellten die US-Amerikaner 1989 mit rund 62.000 Soldaten bzw. 142.400 Personen (einschließlich der 77.000 Familienangehörigen und 3.400 Zivilbediensteten) das größte Kontingent. Knapp 28 % der 513.000 US-Amerikaner in der Bundesrepublik lebten in Rheinland-Pfalz. Zeitweise machten sie hier 5 % der Wohnbevölkerung aus. In einigen Landkreisen in der Pfalz und an der Nahe bildeten sie 20, 30 oder mehr Prozent der Wohnbevölkerung. Hier kann man von multikulturellen Gesellschaften sprechen.
Waren die Amerikaner vor allem im südlichen Landesteil vertreten, so verteilten sich die französischen Streitkräfte und ihre Zivilangehörigen über das gesamte Land (Engels-Perrein 1997). Schwerpunkte bildeten Trier, Landau, Wittlich, Saarburg,

Neustadt/W., Speyer und Kaiserslautern. 1989 lebten rund 24.000 Angehörige der französischen Streitkräfte in Rheinland-Pfalz, davon 15.000 Soldaten und 9.000 Zivilangehörige. Trier bildete mit 7.000 Militärangehörigen (einschließlich der Zivilisten) die größte französische Garnison.
Als dritte fremde Streitmacht war von 1953 bis 1969 ein kanadisches Luftwaffengeschwader in Zweibrücken stationiert. Einschließlich der Zivilpersonen dürfte es sich um 3.000 bis 5.000 Personen gehandelt haben. Ihr Verhältnis zu den Einheimischen war problemlos; sie wurden als „europäischer“ als die US-Amerikaner empfunden.
Neben fremdem war auch deutsches Militär in Rheinland-Pfalz stationiert. Die Bundeswehr war mit zwei Kampf-Geschwadern der Luftwaffe und Verbänden der 5. Panzerdivision sowie zahlreichen Stäben, Ausbildungseinheiten, Divisionsverfügungstruppen und Einheiten der Territorialverteidigung im Land vertreten. Am Ende des Kalten Krieges betrug die Anzahl der Bundeswehr-Soldaten in Rheinland-Pfalz etwa 35.000 Mann.
Die rechtliche Grundlage der Stationierung ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik beruhte zunächst auf dem Besatzungsrecht der Sieger, ab September 1949 auf dem „Besatzungsstatut“, ab 1952 auf dem „Truppenvertrag“, ab 1955 auf dem „Aufenthaltsvertrag für ausländische Streitkräfte“ und ab 1959/61 auf dem „Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut“.

Der rheinland-pfälzische Raum wurde im März 1945 von der 7. (General Devers) und Teilen der 6. US-Heeresgruppe (General Bradley) erobert. Französische Truppen drangen mit der 1. französischen Armee Rhein und Donau (General Lattre de Tassigny) lediglich in die Süd-Ost-Ecke der Pfalz ein. Im Juli 1945 räumten die amerikanischen Truppen gemäß alliierten Vereinbarungen den rheinland-pfälzischen Raum. Er wurde Teil der Französischen Besatzungszone (FBZ).
Frankreich richtete in Baden-Baden den Sitz der Militärregierung unter Leitung von General Koenig ein. Befehlshaber der Besatzungstruppen (Troupes d' Occupation en Allemagne - TOA) war General Goislard de Monsabert, Administrateur der Zivilverwaltung Emile Laffont. Die Besatzungszone wurde administrativ in fünf, später drei Provinzen unterteilt mit je einer Délégation Générale und einem Délégué Supérieur an der Spitze. In unserem Raum bestanden Délégations Générales in Bad Ems für den Nordteil des Landes Rheinland-Hessen/Nassau und in Neustadt/W. für den Südteil Rheinhessen-Pfalz. Nach Gründung des Landes Rheinland-Pfalz 1946 wurde das Amt eines obersten Militärgouverneurs für das gesamte Land geschaffen und mit General Hettier de Boislambert besetzt.
Die französische Verwaltungsgliederung korrespondierte mit dem deutschen Verwaltungsaufbau. Dem Landesgouverneur unterstanden die Délégués de Districts bei den Bezirksregierungen und diesen die Délégués de Cercle bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Nach Gründung der Bundesrepublik 1949 wurde die Militärregierung aufgehoben und ein Landeskommissariat für Rheinland-Pfalz geschaffen, das dem französischen Hohen Kommissar in Bonn unterstand. Bis zum Mai 1955 besaß dieser das Recht zur Landbeschlagnahme und übte es auch für den Bau von Flugplätzen und Kasernen uneingeschränkt aus.
Frankreich unterhielt zunächst starke Besatzungstruppen in seiner Zone. Das war nicht nur seinen Sicherheitsbedenken geschuldet, sondern entlastete auch den französischen Staatshaushalt. Denn die Kosten für die Besatzungstruppen wurden aus dem Besatzungshaushalt des Landes, ab 1949 des Bundes bestritten. Der französischen Stationierungspolitik kam entgegen, dass der rheinland-pfälzische Raum als ehemals bedrohtes Grenzland reich mit Kasernen, Übungsplätzen, Depots und Feldflugplätzen ausgestattet war.

Bis 1946 unterhielt Frankreich in seiner Besatzungszone acht Divisionen, davon drei im rheinland-pfälzischen Raum (3. Infanteriedivision in Pfalz-Rheinhessen, 10. Infanteriedivision in Trier, Koblenz und Montabaur und 3. Panzerdivision in Trier). Im Zuge der allgemeinen Abrüstung sowie als Folge des ausbrechenden Kolonialkriegs in Indochina zog Frankreich Truppen aus seiner Zone ab. In Rheinland-Pfalz verblieb nur die Division d' Infanterie Nord mit Hauptquartier in Bad Kreuznach. Deren Teilverbände lagen in Trier (und Umland), Koblenz (und Umland) und in der Nordpfalz.
Gemäß den Vereinbarungen der drei westlichen Außenminister in New York im September 1950 (siehe unten) traten die französischen Streitkräfte 1950/51 ca. 20 militärische Standorte in Rheinland-Pfalz ganz oder teilweise an die amerikanischen Streitkräfte ab. Die verbliebenen französischen Verbände konzentrierten sich auf Trier, Kaiserslautern und Landau.
Als sich im Zuge des Kalten Krieges eine längere Verweildauer der französischen Truppen in der Bundesrepublik abzeichnete, wurden in den Garnisonsstädten zahlreiche zivile Wohnviertel (cités des cadres) für die Familien der Soldaten und Zivilangestellten errichtet. Sie waren im Gegensatz zu den späteren amerikanischen meist im Kernbereich der Städte oder nahebei angelegt. Die Bauweise der drei- bis viergeschossigen Häuser war standardisiert. Sie trugen Namen nach französischen Landschaften (Ile de France, Gascogne...) oder geschichtlichen Gestalten (Dagobert, Montclar...) In den Garnisonen gab es Kindergärten, Schulen, ggfs. auch ein Lycée und ein Krankenhaus (Lazarett). Das Nebeneinanderleben von Deutschen und Franzosen wurde ab Mitte der 1950er Jahre unverkrampfter und freundlicher. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten die in den größeren Garnisonsstädten sich um diese Zeit gründenden Deutsch-Französischen Gesellschaften (DFG). Sie entfalteten ein lebhaftes Vereinsleben und umfassten da und dort mehrere hundert Mitglieder. Zum Teil bestehen (und blühen, wie etwa in Landau) diese Gesellschaften bis heute.

Ab 1947 wandte sich die amerikanische Außenpolitik schrittweise von ihrer bisherigen, eher nachgiebigen Politik gegenüber der Sowjetunion ab. Der kommunistische Staatsstreich in Prag im Februar 1948 und die Berlin-Blockade vier Monate später führten zum Bruch mit dem ehemaligen Kriegspartner. Durch zwei Ereignisse im Herbst 1949 entstand in den USA erstmals ein ernstes Bedrohungsgefühl. Ende August zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe, und am 1. Oktober rief Mao-Tse-Tung die chinesische Volksrepublik aus. Mit der sowjetischen Atombombe verloren die USA ihr Kernwaffen-Monopol und damit ihr hauptsächliches Instrument der Abschreckung. Und mit dem Übergang Chinas zum Kommunismus standen der Sowjetunion zusätzliche Heere zur Verfügung stehen, falls beide Mächte zukünftig politisch und militärisch zusammengingen. Das war seit dem militärischen Bestandspakt vom Februar 1950 der Fall.
Das westliche Bedrohungsgefühl wurde durch den Einfall kommunistischer nordkoreanischer Streitkräfte in den demokratischen Süden im Juni 1950 erheblich verstärkt. Der amerikanische Präsident Truman sah in der kommunistischen Aggression den Beweis für den expansionistischen Charakter der Sowjetunion. In seinen Augen handelte sich beim Korea-Krieg um einen Stellvertreterkrieg, den Korea im Auftrag des Kremls führte. Unter diesem Blickwinkel erschien die Lage in Deutschland in einem neuen Licht. Denn die Verhältnisse hier glichen denen in Korea: Hier wir dort ein gespaltenes Land, geteilt in einen östlichen, sowjetischen und einen westlichen, demokratischen Teil. Der Osten hoch gerüstet, der Westen militärisch schwach.
Die sowjetischen Streitkräfte in der DDR bestanden aus sechs Armeen: in vorderer Linie die 3. Stoß-Armee (Magdeburg) und die 8. Garde-Armee (Nohra bei Weimar), dahinter die 2. (Fürstenberg), 3. (Jüterbog), 1. (Dresden) und 4. Garde-Panzerarmee (Eberswalde). Das waren 11 Panzer-, 12 mechanisierte Schützen- und 1 Artilleriedivision, insgesamt 24 Divisionen. Hinzu kamen 1950 ca. 50.000 Mann kasernierte Volkspolizei der DDR. Diesen standen in der Bundesrepublik acht Divisionen Besatzungsstreitkräfte gegenüber: drei britische in Norddeutschland, drei (schwache) französische in Südwestdeutschland und eineinhalb amerikanische in Bayern und Hessen. Angesichts der militärischen Überlegenheit der Roten Armee war ein Vorgang wie in Korea nicht auszuschließen.

Der Korea-Kriegs führte zu einer Kehrtwende der amerikanischen Außenpolitik. Am 9. September 1950 gab Truman seine Entscheidung bekannt, vier US-Heeresdivisionen und zehn Luftwaffengeschwader zur Verstärkung der in der Bundesrepublik verbliebenen US-Besatzungsstreitkräfte nach Europa zu schicken (troops to europe-decision). (Truman 1956, S. 40ff)
Die Verteidigungsplanung der NATO ging von der Annahme aus, dass die Rote Armee im Kriegsfall den Hauptstoß aus dem Raum Magdeburg-Berlin durch die Norddeutsche Tiefebene zum Niederrhein und von dort weiter zu den Kanalhäfen führen werde. Ein weiterer starker Stoß war aus dem „Thüringer Balkon“ (im NATO-Jargon „Fulda-Gap“) an den 150 km entfernten Oberrhein bei Frankfurt und Mainz zu erwarten. Nebenstöße zur Flankensicherung würden vermutlich durch den „Hofer Korridor“ in den Münchner Raum und aus Mecklenburg nach Schleswig-Holstein führen. (siehe Abbildung 1 in der Mediengalerie)

Angesichts dieses strategischen Szenarios standen die amerikanischen Streitkräfte zu weit im Süden und mussten nach Norden verlegt werden. Das galt auch für die beiden US-Air Force-Geschwader im Raum München, die wegen der Nähe zum Eisernen Vorhang von Überfällen aus der Tschechoslowakei bedroht waren. Sie mussten hinter den Rhein, die Hauptverteidigungslinie, verlegt werden. (Rothenberger 2003, S. 509-540)
Für die weitere politische und militärische Entwicklung war die Konferenz der drei westlichen Außenminister in New York im September 1950 sowie die sich daran anschließende Konferenz des NATO-Atlantikrates am gleichen Ort maßgeblich. Die hauptsächlichen Beschlüsse der beiden Konferenzen waren:

- Erhöhung der Truppenstärken aller NATO-Mitgliedstaaten
- Bildung einer einheitlichen (integrated) NATO-Streitmacht mit zentralem Oberkommando
- Sicherheitsgarantie der NATO für den Bestand der Bundesrepublik
- Neuaufstellung der alliierten Truppen in der Bundesrepublik nach strategischen Gesichtspunkten unter Außerachtlassen der Zonengrenzen sowie
- Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, denn ohne einen deutschen militärischen Beitrag war nach Überzeugung der alliierten Militärs Kontinentaleuropa nicht zu retten.

Der letzte Beschluss bereitete besondere Schwierigkeiten. Denn in der Bundesrepublik bestand eine starke „ohne mich“ Stimmung„. Sie speiste sich aus den traumatischen Kriegserfahrungen, aus der schlechten Behandlung der deutschen Soldaten durch die Siegermächte und aus einem politisch inspirierten Antiamerikanismus (ami go home). Diese Stimmung umzuwandeln und eine deutsche Verteidigungsbereitschaft zu wecken, gehörte zu den schwierigsten Aufgaben der amerikanischen Deutschland-Politik. Aber es ist den USA in wenigen Jahren mit einem Bündel von Sympathie-stiftenden Unternehmungen gelungen, die pazifistische und antiamerikanische Stimmung zu überwinden. Dabei bediente sich die amerikanische Deutschland-Politik der Dienste großer, erfolgreicher Werbeagenturen.
Man erinnerte an das Gemeinsame und Verbindende in den geschichtlichen deutsch-amerikanischen Beziehungen sowie an die Leistungen der deutschen Auswanderer in den USA. Am Tag der Offenen Tür standen Flugplätze und Kasernen für jedermann offen. Es wurden Deutsch-Amerikanische Gesellschaften und Klubs gegründet. An Weihnachten wurden Waisenhäuser und Kinderheime reich beschert. Amerikanische Familien nahmen Berliner Kinder als Feriengäste auf. Sportvereine erhielten von amerikanischen Pioniereinheiten Hilfe bei der Anlage von Sportplätzen. “Amerika-Häuser„ gaben Einblicke in die große weite amerikanische Welt und weckten Sehnsüchte. Der american way of life fand vor allem in der Jugend rasch freundlichen Widerhall. Die ältere Generation hielt sich eher zurück, konnte sich aber auch nicht auf Dauer der Einsicht verschließen, dass ohne die Amerikaner der Bundesrepublik das gleiche Schicksal bevorstand wie der DDR. Die amerikanischen Bemühungen waren erfolgreich. 1951 waren noch 60 Prozent der Westdeutschen davon überzeugt, dass die Amerikaner ihnen feindlich gesinnt seien. Zehn Jahre später glaubten 70 Prozent der Westdeutschen, dass die USA sie als Freunde ansähen. Bis zum Ende des Kalten Krieges verharrten die Sympathiewerte der Westdeutschen für die USA durchweg über 50 %.

Ab Herbst 1950 durchfuhren gemischte amerikanisch-französische Militärkommissionen das Land auf der Suche nach geeigneten Standorten für den Bau von düsenjägertauglichen Flugplätzen. Sie wählten sieben Standorte aus: Bitburg, Spangdahlem, Hahn, Pferdsfeld/Sobernheim, Ramstein, Sembach und Zweibrücken. Als achter Standort kam später Büchel in der Eifel hinzu. An der Standortwahl waren die Bundes- und die Landesregierung nicht beteiligt. Bitburg, Spangdahlem, Hahn, Ramstein und Sembach gingen an die US-Luftwaffe, Zweibrücken an die kanadische Luftwaffe, Pferdsfeld zunächst an die amerikanische, später zusammen mit Büchel an die Bundesluftwaffe. (siehe Abbildung 2 in der Mediengalerie)

Entsprechend der Strategie der Vorneverteidigung wurden die amerikanischen Heeresstreitkräfte überwiegend rechts des Rheins disloziert.
Die US-Army in der Bundesrepublik bestand aus fünf Divisionen und drei Regimentern. Sie bildeten die 7. US-Army. Ihr gehörte auch die 2. US-Panzerdivision mit Hauptquartier in Bad Kreuznach an. 1957 wurde sie in die USA zurückverlegt und durch die 8. Infanteriedivision ersetzt. Deren drei Brigaden lagen zur Verteidigung des Mittelrheins in Baumholder, Mainz und Mannheim. Mainz, wo bislang vor allem Werkstätten und Depots untergebracht waren, entwickelte sich zur Militärstadt. Außer in der Stadt lagen größere Verbände in der näheren Umgebung. In Mainz-Finthen entstand das erste US-Kampfhubschrauber-Geschwader, ein Verband des Heeres.
Der amerikanische Nachschub wurde seit 1945 in Bremerhaven angelandet und von dort auf der Straße in die Amerikanische Besatzungszone in Süddeutschland transportiert. Weil der Transport auf weiten Strecken entlang dem Eisernen Vorhang verlief und Bremerhaven im Bereich der sowjetischen Luftwaffe lag, verlegte das amerikanische Heer die Anlandung des Nachschubs 1950 neu an die französische Atlantikküste nahe La Rochelle. Von dort wurde er per Bahn auf der Strecke Paris - Metz - Saarbrücken - Kaiserslautern - Mannheim nach Ostfrankreich und in die Pfalz gebracht. In der Pfalz entstand ein dichtes Netz aus Depots, Lagern und Bunkern für Waffen, Munition, Fahrzeuge, Panzer, Großgerät sowie medizinische und zivile Versorgungsgüter. Der Treibstoff für Flugzeuge, Kraftfahrzeuge und Panzer wurde mittels einer eigens errichteten Pipeline von der Atlantikküste in die Verteilerstation nahe Zweibrücken gepumpt und von dort zu den acht Flugplätzen bzw. für die Heerestruppen in das große NATO-Treibstoffsammellager beim südpfälzischen Bellheim befördert. Das Tanklager besteht bis heute. (siehe Abbildung 3 in der Mediengalerie)

Den amerikanischen Streitkräften standen bis Anfang der 1950er Jahre nur Atombomben für den strategischen Ferneinsatz durch die Langstreckenbomber B 51 zur Verfügung. Als Folge einer “waffentechnische Revolution„ (Steinhoff, Pommerin), d. h. der Miniaturisierung der atomaren Sprengkörper bis auf die Größe von Artilleriegranaten und Sprengkörper für Kurzstreckenraketen, wurden ab 1953 auch Gefechtsfeldwaffen und taktische Jagdbombergeschwader atomar ausgerüstet. Die Air Force erhielt die Marschflugkörper Matador, eine Weiterentwicklung der deutschen V 1, später die verbesserte Mace. Das Heer wurde mit den Langrohrgeschützen Atomic Cannon M 65 Kaliber 280 mm ausgerüstet. Gegen Ende des 1950er Jahre kamen atomar bestückte Kurz- und Mittelstreckenraketen für die Army sowie Atombomben für die US-Jagdbomber-Geschwader in Ramstein und Hahn hinzu. Die atomar bewaffneten “Special Strike Forces„ in der Bundesrepublik umfassten Ende der 1950er Jahre sechs

Artilleriebataillone mit je sechs Atomgeschützen, neun atomar ausgerüstete Raketenbataillone und 25 Jagdbomberstaffeln mit Atombomben. Deren Einsatzziele waren Flugplätze, Tanklager, Stabsquartiere, Brücken und Eisenbanknoten im Raum zwischen Elbe und Weichsel.
Die Rote Armee ihrerseits stationierte ab Herbst 1958 nukleare Kurz- und Mittelstreckenraketen im Gebiet der DDR. Ihre Ziele sind bislang nicht bekannt. Es ist anzunehmen, dass die militärisch hochgerüsteten Räume in Rheinland-Pfalz und besonders im südlichen Landesteil bevorzugte Ziele waren. Davon ging auch die NATO aus, wie die Konzentration von Luftabwehrraketen in diesen Räumen zeigt. (siehe Abbildung 4 in der Mediengalerie)

In Anbetracht der erwarteten längeren Dauer der Stationierung in Deutschland erschien der amerikanischen Führung eine jahrelange Trennung der verheirateten Soldaten von ihren Familien unzumutbar. So lief jetzt auch für die amerikanischen Streitkräfte ein großes Wohnungsbau-Programm an. Teils innerhalb der Garnisonen, teils in der Nachbarschaft entstanden große family housing areas. Diese sich selbst versorgenden Little Americas bildeten für viele Amerikaner eine Heimat fern der Heimat und milderten das Heimweh. Bis in die 1970er Jahr standen sie offen und waren für jedermann zugänglich. Als in den 1970er Jahre antiamerikanische Bombenanschläge aufkamen, wurden sie eingezäunt und nahmen jetzt den Charakter von Gettos an.
Zahlreiche amerikanische Soldaten-Familien zogen die Anmietung einer Wohnung oder eines Hauses bei Deutschen dem Leben in den Housings vor, um ihren Leben mehr Privatheit zu geben. Da der Dollar im Verhältnis zur D-Mark bis in die 1970er Jahre für die Amerikaner mit 1:4 bzw. 1:3 günstig stand, waren die Mieten keine finanzielle Belastung. Umgekehrt stellte die Vermietung für die Deutschen ein spürbarer finanzieller Gewinn dar.

Die französischen Streitkräfte in Rheinland-Pfalz bestanden nur aus Heerestruppen (Armée de Terre), die Luftwaffe (Armée de l' Air) war nicht vertreten. Als die Westmächte 1951 ihren Kriegszustand mit Deutschland offiziell beendeten, benannte Frankreich seine Troupes d' Occupation en Allemagne (TOA) in Forces Françaises en Allemagne (FFA) um. Trotz der starken militärischen Inanspruchnahme in Indochina war Frankreich bereit, seine Truppen in der Bundesrepublik um eine Panzerdivision zu verstärken. Es unterhielt damit in seiner Zone vier Divisionen, davon drei in Rheinland-Pfalz: die 1. (Stab in Trier) und 5. Panzerdivision (Landau) sowie die 3. Infanteriedivision (Koblenz). Als Mitte der 1950er Jahre der Algerien-Aufstand ausbrach, wurden aber zwei Divisionen nach Nord-Afrika verlegt.

Die 1955 gegründete Bundeswehr übernahm die beiden Fliegerhorste Büchel und Pferdsfeld und richtete Heeresstreitkräfte in Koblenz, auf dem Westerwald und in Nassau ein. Es handelte sich um die 5. Panzerdivision (Nassauische Divisison). Neben den Kampfverbänden lagen in Koblenz mehrere zentrale Einrichtungen der Bundeswehr, darunter das personalstarke Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, die Schule für innere Führung, das Zentralkrankenhaus der Bundeswehr, die Materialerprobungsstelle und das Institut für Wehrmedizin und Hygiene.
Das Heer gliederte sich in Feldheer und Territorialverteidigung, später Territorialheer genannt. Letzteres rekrutierte sich überwiegend aus Reservisten und blieb im Gegensatz zum Feldheer unter nationaler Kommandogewalt, unterstand also nicht der NATO. Aufgabe der Territorialverteidigung war die Sicherung der Operationsfreiheit der NATO-Verbände, der Raum- und Objektschutz sowie die Erhaltung der Kraftquellen des Landes. Vor allem waren die Übergänge über Rhein, Mosel, Main und Neckar mit Schwimmbrücken bei Ausfall der festen Brücken zu gewährleisten. Das Zentrale Kommando der Territorialen Verteidigung (Bad Godesberg) setzte sich auf Länderebene in den Wehrbereichskommandos (WBK) fort. Das WBK I in Mainz erstreckte sich über die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland. In Rheinland-Pfalz bestanden als Untergliederung die Verteidigungsbezirkskommandos (VBK) 41 für den Regierungsbezirk (RB) Koblenz, 42 für den RB Trier und 45 für den RB Rheinhessen-Pfalz.
Zur Bundesluftwaffe gehörte neben den beiden Kampfgeschwadern in Büchel und Pferdsfeld noch das Luftwaffenausbildungsregiment in Germersheim. Bei Börfink am Erbeskopf (Hunsrück) entstand 1960 die unterirdische NATO-Luftwaffen-Kommandozentrale “Erwin„. Auf bestimmten Autobahnabschnitten wurden Notlandeplätze eingerichtet. Das waren lange Gerade und große Parkplätze zum Abstellen der Flugzeuge im Notfalle. In Rheinland-Pfalz betraf das die A 61 bei Gelsdorf (Neuwied) und Sprendlingen (Bad Kreuznach) sowie die A 63 bei Kirchheimbolanden.
Als Ausweichsitz für die Bundesregierung und andere Verfassungsorgane des Bundes im Kriegsfalle wurde in den 1960er Jahre im Ahrtal eine unterirdische Bunkeranlage geschaffen mit der Deckbezeichnung “Dienststelle Marienthal„. Sie war zweiteilig und lag in zwei unmittelbar aufeinander folgenden Eisenbahntunnels zwischen Ahrweiler und Dernau.

Diese militärische Struktur, wie sie sich bis Mitte der 1960er Jahre ausgebildet hatte, blieb bis zum Ende des Kalten Krieges im Großen und Ganzen gewahrt.

A. Luftstreitkräfte

US-Air Force

Air Base Bitburg, 36. Jagdbombergeschwader
Air Base Spangdahlem, 10. Aufklärungsgeschwader
Air Base Hahn, 50. Jagdbombergeschwader
Air Base Ramstein, 86. Jagdbombergeschwader
Air Base Sembach, 66. Aufklärungsgeschwader

Royal Canadian Air Force

Air Base Zweibrücken, 3. Jagdbombergeschwader

Bundesluftwaffe

Fliegerhorst Büchel, Jagdbombergeschwader 33
Fliegerhorst Pferdsfeld, Jagdbombergeschwader 73 (später 35)

B. Heeresstreitkräfte

US-Army

8. Infanteriedivision, Hauptquartier in Bad Kreuznach
1. Brigade, Mainz
2. Brigade, Baumholder
3. Brigade, Mannheim

Armée de Terre (Frankreich)

1. Division, Hauptquartier in Trier
1. Panzerbrigade Saarburg, St. Wendel
3. Panzerbrigade Wittlich, Bitburg, Kaiserslautern
11. Mechanisierte Brigade Landau, Neustadt /W.
Divisionsverfügungstruppen Trier, Bitburg, Speyer

Bundeswehr

5. Panzerdivision, Hauptquartier in Koblenz
Panzergrenadierbrigade 13, Wetzlar
Panzerbrigade 14, Koblenz
Panzerbrigade 15, Westerburg, Lahnstein, Rennerod

Die 1960er Jahre waren mit politischen Spannungen ausgefüllt, die Rückwirkungen auf den militärischen Bereich hatten. Die seit 1958 schwelende Berlin-Krise erreichte im August 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer ihren Höhepunkt. Als Sofortmaßnahme entsandte das Pentagon eine Kampfgruppe der 8. Infanteriedivision (Bad Kreuznach) mit 1 500 Mann nach West-Berlin und verlegte zusätzlich das 3. Panzerregiment aus den USA nach Europa. Die Truppen wurden in Kaiserslautern und Baumholder stationiert. Des Weiteren verstärkte das Pentagon die hiesigen US-Divisionen um 42.000 Mann. Damit erreichten die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik mit 280.000 Mann ihre Höchststärke.
Es folgte 1962 die Kuba-Krise. Die Bundeswehr, die ihr Plansoll von 12 Divisionen nahezu erreicht hatte, verlängerte den Wehrdienst von 12 auf 18 Monate.
Ende der 1950er Jahre war es erstmals zu politischen Spannungen zwischen Frankreich und den USA gekommen. Der neue Präsident de Gaulle (ab 1958) sah in dem Umstand, dass die US-Regierung sich die alleinige Entscheidung über den Einsatz der drei in Frankreich stationierten atomaren Luftwaffen-Geschwader vorbehalten hatte, eine Einengung seiner politischen Entscheidungsfreiheit. Er wies die Geschwader aus. Das waren die ersten Anzeichen, dass Frankreich zu einer unabhängigen nationalen Verteidigungspolitik zurückkehrte. Die amerikanische Luftwaffe verlegte das 48. Jagdbombergeschwader nach England, das 49. nach Spangdahlem und das 50. nach Hahn. Im März 1966 erreichte die Krise ihren Höhepunkt. De Gaulle zog Frankreich aus der Militärstruktur der NATO heraus (ohne das Bündnis politisch zu verlassen!) und wies alle NATO-Truppen, -Einrichtungen, -Oberkommandos und -Schulen zum 31. März 1967 aus Frankreich aus. Ein Großteil des in Frankreich eingelagerten Materials wurde in die Pfalz verbracht; die noch in Frankreich verbliebenen amerikanischen Luftwaffengeschwader wurden nach England und Rheinland-Pfalz verlegt. Das führte hier wie dort zu Überfüllungen. Durch ein neu entwickeltes System von Doppelstationierungen (dual-basing-system) wurde die Lage aber gemeistert: Einige Staffeln - eine Staffel bestand aus 25 Flugzeugen, drei Staffeln bildeten ein Geschwader - wurden auf Flugplätze in den USA ausgelagert (home bases); im Konfliktfalle

würden sie zu ihren angestammten Air Bases (forward bases) in Rheinland-Pfalz zurückkehren.
1969 übernahm in Libyen nach einer Offiziersrebellion der Oberst El Gaddafi die Macht. Er wies umgehend alle amerikanischen Luftwaffenverbände aus Libyen aus. Auch diese wurden nach Europa bzw. Deutschland verlegt. Der US-Air Force in Rheinland-Pfalz kam entgegen, dass Kanada um die gleiche Zeit den Flugplatz Zweibrücken aufgab und seine Luftstreitkräfte in Baden auf den Flugplätzen Söllingen und Lahr konzentrierte. So konnte eines der ausgewiesenen US-Geschwader in Zweibrücken untergebracht werden.

In den USA regte sich Mitte der 1960er Jahre angesichts des großen Außenhandels- und Haushaltsdefizit als Folge des Vietnamkrieges eine starke innenpolitische Opposition gegen die bisherige Stationierungspolitik der Regierung. Der angesehene demokratische Senator Mike Mansfield, Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, warf den Europäern vor, zu wenig für die eigene Verteidigung zu tun und sich an den USA schadlos zu halten. Die Kritik fand breite Zustimmung und zwang die Regierung Johnson zu Verhandlungen mit der Bundesregierung Erhard. Diese sah sich zu erheblichen finanziellen Leistungen gezwungen, um einen Abzug von US-Verbänden zu verhindern. So wurden nur wenige Luftwaffen-Staffeln und Heereseinheiten in die USA zurückverlegt. Außerdem blieben sie nach dem dual-bases-system der NATO weiterhin unterstellt.
In der Berlin-Krise hatten die USA ihre Truppen per Schiff nach Europa gebracht. Das hatte Wochen gedauert. Um die Verlegung der Truppen zu beschleunigen, verfügte Präsident Kennedy eine Erweiterung der militärischen Lufttransport-Kapazität. Inzwischen hatte die amerikanische Luftfahrtindustrie Großraumtransporter entwickelt, die es ermöglichten, eine ganze Division von 15.000 - 20.000 Mann binnen zwei oder drei Tagen über den Atlantik nach Deutschland zu verlegen. Das wurde erstmals 1963 anlässlich der Herbstmanöver der 7. US-Armee erprobt. Die früher in Rheinhessen und Nordbaden gelegene 2. US-Panzerdivision wurde mit 204 Luft-Transportern in 65 Stunden aus Fort Hood nach Deutschland verlegt. Landeplätze waren die Flugplätze Ramstein, Sembach und Frankfurt, wo sie im zeitlichen Abstand von 30 bis 120 Minuten eintrafen. Auf nahe gelegenen Großplätzen wurden sie mit bereit gestellten Panzern, Geschützen, Kraftfahrzeugen und Großgerät ausgerüstet. Anschließend fuhren sie in den nordhessischen Manöverraum. Die militärische Bezeichnung für die Aktion lautete “Big Lift„. Sie war erfolgreich und wurde Vorbild und Maßstab für die sich ab 1969 fast jährlich wiederholenden Aktionen gleicher Art. Die Bezeichnung dafür lautete REFORGER = Redeployment of Forces to Germany.
Die bisherige NATO-Strategie der Massiven Atomaren Vergeltung (massive retaliation), die bei jedem Konflikt, auch bei einem kleinen, sofort die atomare Waffe einsetzen wollte, wurde in den 1960er Jahren durch die Strategie der Abgestuften Reaktion (flexible response) ersetzt. Kleinere Konflikte sollten zunächst konventionell bekämpft werden - wie dies in der Berlin- und in der Kuba-Krise schon geschehen war - der große Atomschlag sollte die ultima ratio sein. Das erforderte allerdings eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte. Davon konnte aber keine Rede sein; im Gegenteil. Die USA zogen ab 1962 als Folge des amerikanischen Einsatzes in Vietnam Truppen aus Deutschland ab. Die Präsenzstärke sank von 280.000 auf 210.000 Mann. Da außerdem Frankreich aus der Militärstruktur der NATO ausschied, entstand ein erhebliches Sicherheitsdefizit. Es blieb nur deshalb folgenlos, weil die Sowjetunion nach Ende der Kuba-Krise sich verstärkt dem ostasiatischen Raum zuwandte, wo China zunehmend als Bedrohung empfunden wurde.
Seit Ende der 1950er Jahren vollzogen die NATO-Heeresdivisionen einen strukturellen Wandel. Als Kampfverband von 15.000 - 20.000 Mann erschien eine Division im Zeitalter der Atomwaffen zu groß, um flexibel handeln zu können. Darum wurden die Divisionen in Brigaden unterteilt. Eine Division umfasste drei Brigaden. Ungeachtet des Austritts aus der Militärstruktur der NATO hat Frankreich seine Truppen aus der Bundesrepublik nicht abgezogen. Über ihren Verbleib hier hat Paris mit Bonn Sondervereinbarungen getroffen. Deutscherseits konnte man im Ernstfall mit französischer Waffenhilfe rechnen.

In Rheinland-Pfalz standen am Ende der 1960er Jahre an Heeresstreitkräften:

- die 1. (Mainz) und 2. (Baumholder) Brigade der 8. US-Infanteriedivision (Bad Kreuznach)
- die 14. (Koblenz) und 15. Brigade (Westerwald) der 5. deutschen Panzerdivision
- die 1. (Saarburg/St. Wendel) 3. (Wittlich, Bitburg, Kaiserslautern) und 11. Brigade (Landau, Neustadt) der 1. französischen Division (Trier)

Der Niedrigstand der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik hielt auch nach Beendigung des Vietnamkrieges 1973 zunächst an. Denn nach der Abkehr von der Wehrpflicht und dem Übergang zur Berufsarmee stand den USA nicht mehr das fast

unerschöpfliche Reservoir an wehrpflichtigen Soldaten zur Verfügung.
Die in den 1960er Jahren aus Deutschland abgezogenen Truppen - etwa 70.000 Mann - hatten ihr militärisches Material in der Bundesrepublik zurückgelassen. Es wurde für die jährlichen REFORGER-Übungen in Ordnung gehalten, modernisiert und in besonderen Depots, sog. POMCUS-Depots, aufbewahrt. POMCUS steht für Prepositioned Organized Material Configured to Unit Sets, d. h. (in Europa) Voraus gelagertes Kriegsmaterial, zu Sortimenten zusammengefasst. POMCUS-Depots unterschieden sich von gewöhnlichen Depots dadurch, dass das Material nicht nach den üblichen Regeln - Panzer zu Panzer, Kanonen zu Kanonen etc. - eingelagert wurden, sondern nach Komplettausrüstungen eines Verbandes, z. B. eines Panzer- oder Artillerieregiments. Mitte der 70er Jahre umfassten die POMCUS-Depots die Ausrüstung für zwei bis drei Divisionen. 1978 beschloss der NATO-Atlantikrat, die POMCUS-Depots bis zur Ausrüstung von sechs US-Divisionen aufzustocken. POMCUS-Depots, die beträchtliche Ausmaße hatten, bestanden in Baumholder, Nahbollenbach, Pirmasens, Miesau, Kaiserslautern, Mainz und Germersheim.
In der 2. Hälfte der 1970er Jahre endete die Schwäche der amerikanischen Militärpräsenz in der Bundesrepublik. Unter Präsident Carter (1977-1981) stieg die Anzahl der GIs von 216.000 auf 240.000 Mann. Präsident Reagan setzte die Aufrüstung und Modernisierung mit dem Einsatz großer finanzieller Mittel fort. Der amerikanische Verteidigungshaushalt stieg von 201 Mrd. $ (1980) auf 309 Mrd. $ (1985). Es wurden zwei Brigaden zusätzlich nach Deutschland verlegt, eine davon der 8. Infanteriedivision (Bad Kreuznach) unterstellt, die andere nach Nord-Deutschland nahe Bremen verlegt. Die US-Air Force in Europa wurde um 84 Kampfflugzeuge verstärkt. Die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik erreichten mit 250.000 Mann einen neuen Hochstand. Aufgrund umfassender Modernisierung, die vor allem die neu zur Verfügung stehenden elektronischen Kampfmittel einsetzte, besaßen die USA am Ende der 1980er Jahre nicht nur die stärksten, sondern auch die modernsten Streitkräfte der Welt. Zwischen ihnen und denen aus der Anfangszeit Anfang der 1950er Jahre lag eine Welt. Aus dieser Position der Stärke verhandelte Reagan erfolgreich mit Gorbatschow um einen Abbau der Spannungen in Europa.

Auch Frankreich verstärkte in den 1980er Jahren seine Streitkräfte in der Bundesrepublik. Das II. Armee-Korps mit Stab (Etat Major) in Baden-Baden umfasste jetzt wieder drei Panzerdivisionen, die 1. (Trier), 3. (Freiburg) und 5. (Landau). Frankreich blieb zwar weiterhin der militärischen Struktur der NATO fern, regelte aber in einem Abkommen mit der Bundesregierung den Einsatz seiner Streitkräfte in der Bundesrepublik im Konfliktfalle.

Garnisonen der 5. französischen Panzerdivision in der Pfalz

Stadt	Soldaten	Angestellte	Angehörige	Zusammen
Landau	3 085	314	1 948	5 347
Neustadt/Wstr.	1 496	130	537	2 163
Speyer	1 242	80	420	1 742
Kaiserlautern	1 155	67	432	1 654
Summe	6 978	591	3 337	10 906

Im Selbstgefühl der deutschen Gesellschaft traten 1970 tiefgreifende Wandlungen ein. Eine neue Generation, die nicht mehr von der Kriegszeit geprägt war, trat politisch auf, wobei sich Teile radikalisierten. In der Opposition gegen den Vietnam-Krieg entstanden (in kleinen, aber lautstarken) Teilen der Studentenschaft und linker Gesellschaftskreise antiamerikanische Feindbilder. Bei einem Bombenanschlag der Roten Armee Fraktion (RAF) auf die zentrale Computeranlage der Air Base Ramstein im August 1981 gab es zahlreiche Verletzte. Die Anlage selbst blieb unbeschädigt. Die Amerikaner, die sich bislang stets um Öffnung gegenüber der deutschen Bevölkerung bemüht hatten, igelten sich ein. Die Housings wurden umzäunt, die Militäranlagen stark gesichert.
Es bildeten sich in der Bundesrepublik zahlreiche liberal-antiautoritäre Bürgerbewegungen wie die Antikernkraft-Bewegung, die Alternativen-, Sponti- und Autonomen-Bewegung, die Frauen-Bewegung, die Bürgerinitiativen-Bewegung und die Ökologie-Bewegung, Aus der letzten ging Anfang der 1980er Jahre die Friedens- und Abrüstungsbewegung hervor. Sie erhielt im Protest gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss erstmals breitere Zustimmung und richtete sich hauptsächlich gegen die amerikanische Militäranlagen (s.u.).

Die amerikanische Militärpräsenz in Rheinland-Pfalz war ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Nach volkswirtschaftlichen Berechnungen tätigten die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik 1986 Ausgaben in Höhe von 14,46 Mrd DM. Davon

entfiel schätzungsweise ein Drittel auf Rheinland-Pfalz. Nach dem Öffentlichen Dienst und nach der BASF waren die amerikanischen Streitkräfte der drittgrößte Arbeitgeber im Land. Die wirtschaftliche Bedeutung war um so gewichtiger, als die US-Garnisonen durchweg in strukturschwachen Regionen wie der Eifel (Bitburg, Spangdahlem), der Westpfalz (Ramstein, Sembach), auf dem Hunsrück (Hahn) und an der oberen Nahe (Baumholder, Nahbollenbach) lagen. Hier waren sie der größte Arbeitgeber überhaupt. Die von den Amerikanern gezahlten Löhne waren keine Billiglöhne, sondern mit den deutschen Gewerkschaften ausgehandelte Tariflöhne. Die Arbeitsverhältnisse waren dauerhaft und krisenfest und kamen denen im Öffentlichen Dienst gleich.
Während der Schwächeperiode der amerikanischen Politik in den 1970er Jahren hatte die Sowjetunion aufgerüstet. Sie hatte bei den Interkontinentalraketen mit den USA gleichgezogen, bei den konventionellen Waffen ihre Überlegenheit bewahrt und bei den Mittelstreckenraketen eine beherrschende Stellung neu errungen. Die Rote Armee in der DDR war von 331.000 Mann 1964 (Tiefstand) auf 429.000 Mann (1975) verstärkt worden. In Reaktion auf die sowjetische Aufrüstung rüstete die NATO am Ende der 1970er Jahre nach. Auf der Tagung des Atlantikrates in Brüssel im Dezember 1979 fasste sie den sog. Doppelbeschluss. Sie bot der Sowjetunion Verhandlungen über eine beidseitige Abschaffung der Mittelstreckenraketen an, kündigte aber die Aufstellung von 108 Pershing II Raketen (Reichweite 1 800 km) und 464 Cruise Missils Marschflugkörper (2 500 km) an, falls die Verhandlungen in einer zweijährigen Denkpause nicht zu einer Einigung führten. Das gelang nicht, und so begann 1982/83 die NATO-Nachrüstung. Pershing II Raketen wurden in Rheinland-Pfalz keine aufgestellt, wohl aber in Baden. Von den vorgesehenen 464 Marschflugkörpern wurden 62 bei Wüschheim auf dem Hunsrück nahe der Air Base Hahn stationiert.
Gegen die Nachrüstung kam es zu zahlreichen Protestdemonstrationen und Sitzblockaden vor den größeren amerikanischen Standorten, vor allem in Ramstein und vor dem Munitionslager Fischbach in der Südpfalz, wo man ein großes Giftgas-Depot vermutete. Ihren Höhepunkt erreichte die Protestbewegung auf der Hasselbacher “Friedensdemonstration„ im Hunsrück nahe der Air Base Hahn am 11. Oktober 1986 mit geschätzten 180.000 Teilnehmern. Es war die größte politische Demonstration in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz.

Die Proteste führten bei den Amerikaner zu gewissen Irritationen. Bezeichnenderweise gab der amerikanische Historiker Daniel J. Nelson seiner 1987 erschienenen Darstellung der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik den Titel “Defenders or Intruders? The Dilemmas of U.S. Forces in Germany. Waren die Amerikaner Verteidiger oder Eindringlinge? Aber die Proteste waren das Votum einer lautstarken Minderheit und entsprachen nicht der Stimmungslage der breiten Bevölkerung. 1982 erklärten 53 Prozent der befragten Westdeutschen, dass sie die Amerikaner mögen (Do you like americans?), 22 Prozent erklärten, dass sie sie nicht besonders mögen. 48 Prozent der Befragten hielten die USA für den besten Freund der Bundesrepublik, 54 Prozent wünschten sich eine enge Zusammenarbeit mit ihnen.
Der Landesregierung von Rheinland-Pfalz waren die Proteste peinlich. Helmut Kohl und Bernhard Vogel haben als Ministerpräsidenten große Anstrengungen unternommen, die persönlichen und politischen Beziehungen zu den amerikanischen Streitkräften von Eintrübungen frei zu halten. Auf allen Entscheidungsebenen wurden die Kontakte verstärkt. Im Oktober 1985 tagte die Landesregierung auf der Air Base Ramstein - ein symbolischer Akt. Die deutsch-amerikanischen Freundschaftswochen, die in den 1950er Jahren viel zum Abbau von Hindernissen beigetragen hatten, wurden wiederbelebt. Die Landesregierung spendete Fernsehgeräte für die Aufenthaltsräume in den Kasernen. Amerikanische Soldaten wurden zu Weihnachten in deutsche Familien eingeladen.

Als die Berliner Mauer im November 1989 fiel, war Rheinland-Pfalz militärisch höher und moderner gerüstet denn je. Der große Finanzeinsatz der US-Regierung unter Ronald Reagan hatte die amerikanischen Streitkräfte zu den überlegenen Streitkräften weltweit gemacht. Auch die Bundeswehr hatte dank guter Finanzausstattung durch die Regierung Kohl technisch einen guten Zustand erreicht, ohne allerdings mit den Amerikanern mithalten zu können.
Nach Recherchen der Friedensbewegung bestanden in Rheinland-Pfalz zu diesem Zeitpunkt 260 militärische Stützpunkte, davon 40 Garnisonen, acht Flugplätze für Düsenflugzeuge, acht Flugplätze für Heeresflieger, 86 Depots, 66 Standortübungsanlagen, 21 Raketenstellungen u. a. m.
Simon Duke vom international renommierten Stockholm International Peace Research Institut (SIPRI) führte 1989 in seiner Untersuchung „United States Military Forces and Installations in Europe“ 92 Gemeinden in Rheinland-Pfalz auf, in denen sich insgesamt hunderte amerikanische militärische Einrichtungen befanden. Der Schwerpunkt lag im Südteil des Landes.
Eine detaillierte Auflistung aller militärischen Einrichtungen mit Benennung der Funktionen der Einrichtungen haben Rothenberger, Streit und Anders 2005 erstellt. Hier genügt ein kursorischer Überblick:
An Heerestruppen standen in Rheinland-Pfalz acht deutsche, französische und amerikanische Brigaden.Teile von ihnen waren mit Nuklearmunition für Artillerie und Kurzstreckenraketen ausgerüstet. In den Munitionsdepots Miesau und Fischbach, den größten der US-Army in Europa, lagerte Munition einschließlich Nuklearmunition und Raketenkomponenten für das V. (Frankfurt) und VII. (Stuttgart) US-Korps. Im US-Depot im westpfälzischen Clausen waren 102000 Artilleriegranaten gelagert, bestückt mit den Nervengasen Sarin und VX. Von den acht Flugplätzen für Düsenkampfflugzeuge in Rheinland-Pfalz - sechs amerikanischen und zwei deutschen - waren drei atomar bestückt: Büchel, Hahn und Ramstein. In Hahn waren nach Cees Steijger in 53, in Ramstein in 58 Bunkern (voults) einsatzbereite Atombomben gelagert. Das große Munitionsdepot der US-Air Force lag nahe Morbach auf dem

Hunsrück.

Die Bezeichnungen von Rheinland-Pfalz als „Flugzeugträger der NATO“ oder als „Waffenarsenal der NATO“ entsprach 1989 der Wirklichkeit mehr denn je.

1. Luftstreitkräfte
US-Air Force
Air Base Bitburg, 36. Jagdgeschwader
Air Base Spangdahlem, 52. Jagdgeschwader
Air Base Hahn, 50. Jagdgeschwader
Air Base Ramstein, 86. Jagdgeschwader und 377. Kampfunterstützungsgeschwader
Air Base Sembach, 66. Geschwader für elektronische Kampfführung und 601. Taktisches Steuerungsgeschwader (controlling)
Wüschheim (Hunsrück), 38. Marschflugkörpergeschwader

Bundesluftwaffe
Fliegerhorst Büchel, Jagdbombergeschwader 33
Fliegerhorst Pferdsfeld, Jagdbombergeschwader 35

Heeresstreitkräfte
US-Army
Mainz, 1. Brigade der 8, Infanteriedivision
Baumholder, 2. Brigade der 8. Infanteriedivision
Mainz-Finthen, 4. Brigade Kampfhubschrauber

Armee de Terre (Frankreich)
Trier, 1. Panzerdivision
Landau, 5. Panzerdivision (Teile)

Bundeswehr
Koblenz, 5. Panzerdivision (Teile)

Eine Übersicht der amerikanischen und französischen Streitkräfte in Rheinland-Pfalz einschließlich der Zivilangehörigen 1989 findet sich in der Mediengalerie in Abbildung 6.

(Karl-Heinz Rothenberger, Landau in der Pfalz, 2022)

1997 hat Rainer Plappert eine wissenschaftliche Studie „Das Land als Militärstandort“ vorgelegt (Plappert 1997, S. 400-452). Der Verfasser des vorliegenden Beitrages hat 2004 die Studie Plapperts, deren Schwerpunkt mehr im politischen als im militärischen Bereich liegt, um eine Dokumentation „Militär in Rheinland-Pfalz“ ergänzt (Rothenberger und Hentschel 2004, S. 543-579). Darin sind zwar auch politische Betrachtungen eingeschlossen, aber es geht um das Militär im engeren Sinne.
2005 folgte eine Bestandsaufnahme des Militärs in Rheinland-Pfalz am Ende des Kalten Krieges. Dieser Zeitpunkt schließt auch die vorliegende Darstellung ab (Rothenberger und Streit 2005, S. 475-515). Die starke amerikanische Militärpräsenz im Südteil des Landes hat der Verfasser 2010 gesondert beschrieben (Rothenberger 2010). Alle diese Studien sind in die Darstellung eingeflossen.

Literatur

Engels-Perrein, Hélène (1997): La présence militaire francaise en Allemagne de 1945 à 1997. Metz.

Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur (Hrsg.) (2011): Marschflugkörper und Massenprotest. Die Hasselbacher Friedensdemonstration 1986. Zeitgeschichtliches Symposion 19. September 2011 auf dem Flughafen Hahn. Eine Dokumentation. Mainz.

Nelson, Daniel J. (1987): A History of U.S. Forces in Germany. S. 7, Boulder-London.

Nelson, Daniel J. (1987): Defenders and Intruders?. The Dilemmas of U.S.Forces in Germany. Landau.

Plappert, Rainer / Borck, Heinz-Günther; Kerber, Dieter (Hrsg.) (1997): Das Land als Militärstandort. In: Beiträge zu 50 Jahre Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, S. 400-452, Koblenz.

Rothenberger, Karl-Heinz (2010): Die Amerikaner in der Pfalz und in Rheinhessen (1950-2010). Große Politik - Militär - Ziviles. Kaiserlautern.

Rothenberger, Karl-Heinz (2004): Western Area Command. Der „Westliche Befehlsbereich“ Pfalz, Rheinhessen und Nahe als Nachschub- und Versorgungszentrum der 7. US-Armee in Deutschland. In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz, Band 102, S. 403-432, o. O.

Rothenberger, Karl-Heinz (2003): Rheinland-Pfalz als „Flugzeugträger der NATO“. Der Aufbau der Luftverteidigung Europa-Mitte in den 1950er Jahren. In: Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte 29, S. 509-540, o. O.

Rothenberger, Karl-Heinz; Hentschel, Wolfgang (2004): Militär in Rheinland-Pfalz von 1945 bis zum Ende des Kalten Krieges. Eine ergänzende Dokumentation zu Rainer Plapperts Darstellung des „Militärstandortes Rheinland-Pfalz“. In: Jahrbuch für Westdeutschland, Landesgeschichte, 30. Jahrgang, S. 543-579, o. O.

Rothenberger, Karl-Heinz; Streit, Joachim (2005): Die Pfalz, Rheinhessen und der Nahe-Raum als Militärlandschaft am Ende des Kalten Krieges. Eine Bestandsaufnahme. Mit einem Exkurs von Ulrich Anders: Die amerikanischen NIKE-Raketenstellungen. (Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz, Band 103.) S. 475-515, o. O.

Truman, Harry S. (1956): Memoiren. Band 2. S. 40ff, Bern.

(1946): Zur Organisation der französischen Militärverwaltung in Deutschland. In: La Revue de la Zone Francaise, Heft 3, S. 5f, o. O.

Spuren aus der Zeit des Kalten Krieges in Rheinland-Pfalz (1945 bis um 1989/90)

Schlagwörter: Krieg, Militärische Anlage, Militärgebäude, Bunker (Bauwerk), Militärdepot
Fachsicht(en): Landeskunde

Empfohlene Zitierweise

Urheberrechtlicher Hinweis: Der hier präsentierte Inhalt ist urheberrechtlich geschützt. Die angezeigten Medien unterliegen möglicherweise zusätzlichen urheberrechtlichen Bedingungen, die an diesen ausgewiesen sind.

Empfohlene Zitierweise: Karl-Heinz Rothenberger (2022), „Spuren aus der Zeit des Kalten Krieges in Rheinland-Pfalz (1945 bis um 1989/90)“. In: KuLaDig, Kultur.Landschaft.Digital. URL: https://www.kuladig.de/Objektansicht/SWB-344054 (Abgerufen: 22. November 2026)

Copyright © **LVR**